

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Februar 2007

Nr. 2 · 3. Jahrgang

Abgestimmt

3

Landtags-Neubau: Kompromiss zum Nutzen der Bürger

Umland

5

Dokumentarfilmer Karl Gass, Kleinmachnow, wird 90

Babelsberg

6/9

Von Verkehrsproblemen, Fußball und Kulturhaus bis Indonesien

Humboldtbrücke und Medientrasse

Babelsberger Verkehrsprobleme in den Wirren der Potsdamer Stadtpolitik

Landtagsschloss oder moderner Landtag oder kein neuer Landtag? Standort Alter Markt oder Speicherstadt oder wo? Spaßbad ja oder nein oder wie? All das sind Fragen und Probleme, die manches andere, nicht weniger Wichtige, fast vergessen lassen.

Als Babelsberger Stadtverordneter beleuchtet Dr. Klaus-Uwe GUNOLD zwei Themen, die seinen Stadtteil direkt betreffen und die etwas mit dem innerstädtischen Verkehr von, nach und in Babelsberg zu tun haben: Erstens sind das die Bauarbeiten an der Humboldtbrücke (Foto) und weiter bis zur Daimlerstraße und zur Friedrich-List-Straße und zweitens das Thema „Medientrasse“ – was wird aus der Straßenbahn nach und in Babelsberg? *Lesen Sie auf SEITE 6*



Die neue Potsdamer Synagoge muss gebaut werden

Am 16. November 2006 fand im Nikolaissaal Potsdam die erste Spendengala für den Bau einer neuen Synagoge in der Landeshauptstadt statt. Sie war ein überwältigender Erfolg, der vom großen bürgerschaftlichen Engagement in Potsdam und darüber hinaus zeugte. Die neue Synagoge wird gebraucht und gewollt. Dem stehen die „Argumente“ des Generalsekretärs des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herrn Kramer, gegenüber, der sich gegen diesen Bau ausspricht. Dazu erklärt Anita

Tack (MdL), die selbst Mitglied im Bauverein Neue Synagoge e.V. ist: „Wenn in der Landeshauptstadt eine Atmosphäre geschaffen werden konnte, in der so ein Projekt moralisch und finanziell unterstützt wird, so sollte man dieses nicht gegen mangelnde Unterstützung und Spendenbereitschaft anderswo aufrechnen. Ich bitte den Zentralrat der Juden in Deutschland nachdrücklich, den Plänen zum Bau einer Synagoge in Potsdam keine weiteren Steine in den Weg zu legen.“

Endlich „klare Verhältnisse“

„Die SPD will klare Verhältnisse für Kleingärtner...“ Ein „Regelkatalog“ soll zukünftig helfen bei der Entscheidung. So jedenfalls der SPD-Fraktionschef Mike Schubert. Lang hat's gedauert bis zu dieser „Erkenntnis“. Denn an der Seite der Kleingärtner waren bis dato immer nur Stadtverordnete und Landtagsabgeordnete der Linkspartei.PDS.

Und nun die oben genannte Meldung aus dem SPD-Lager. Das lässt hoffen – oder?



Gedenken

Traditionell ehren im Januar Potsdamer Linke Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. So am 15. Januar vor der Gedenktafel Hegelallee 15 (r.) und am 21. Januar an der „Flamme der Revolution“. *Fotos: Red.*



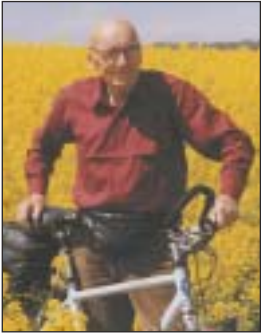
Auf ein Wort...

„Freiwillige Ausreise“

„Freiwillige Ausreise“ ist das „Unwort des Jahres 2006“. Dies gab eine Jury aus Sprachwissenschaftlern am 19. Januar in Köthen bekannt. Der Begriff werde in Zusammenhang mit der Behandlung von abgelehnten Asylbewerbern benutzt. „Freiwillige Ausreise“ beziehe sich darauf, dass viele abgelehnte Asylbewerber vor einer Abschiebung unter Zwang „freiwillig“ in ihre Heimat zurückkehren würden. Tatsächlich hätten sie aber keine andere Wahl. Der sechsköpfigen Jury, die das „Unwort des Jahres“ erstmals in der Stadt in Sachsen-Anhalt verkündete, lagen 1130 Vorschläge vor. Gerügt wurden von den Sprachwissenschaftlern die Wörter „Konsumopfer“ und „Neiddebatte“. Im Vorjahr war „Entlassungsproduktivität“ zum „Unwort“ gekürt worden. Seit 1991 werden jährlich sprachliche Missgriffe gesucht, die grob unangemessen sind oder die Menschenwürde verletzen. „Unterschicht“ war in diesem Jahr das am häufigsten vorgeschlagene Wort, gefolgt von „(abgehängtem) Prekariat“, „Gesundheitsreform“ und „Problembar“.

M. B.

Und welche Unworte sind Ihnen im vergangenen Jahr begegnet? Schreiben Sie uns!



Walter Ruge, geb. 1915, emigrierte 1933 in die Sowjetunion. Er wurde 1941 durch den NKWD verhaftet, war in der berüchtigten Ljubjanka eingesperrt und wurde dann als „Volksfeind“ zu 10 Jahren Gulag verurteilt. Er lebte bis zu seiner Rehabilitation – 1955 – zwangsweise in Sibirien.

Unser Tipp:

Der Film „Über die Schwelle“ mit Walter Ruge wird am **Sonntag, 4. März 2007, um 11.00 Uhr** auf einer Filmmatinee im Filmmuseum Potsdam gezeigt. www.ueberdieschwelle.de

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand der Linkspartei.PDS, Potsdam: **Pete Heuer**, Vorsitzender. Alleestr.3, 14469 Potsdam. **VERLAG:** petit edition Potsdam – Verlag und Mediaconsult: **Norbert Fiebelkorn**, Verleger: Friedrich-Ebert-Straße 38, 14469 Potsdam (Verlag und Redaktionen) **Bernd Martin**, Chefredakteur (V.i.S.d.P.); Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 23 78 49-0; Fax: -9; email: pas.redaktion@gmx.net; **ANZEIGEN:** Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Deutsche Bank Berlin Kto-Nr. 0311654; BLZ: 100 700 00

DRUCK: OSSI-Druck Brandenburg. „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der Autorin dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv

Krokodilstränen

Es ist immer wieder dasselbe Strickmuster, man kann sich hinwenden, wohin man will. Da war doch Deutschland eine glühende Verehrerin von Rosa Luxemburg beschert, sie hieß zunächst Vera Wollenberger, wurde dann Vera Lengsfeld; sie ermöglichte eine völlig neue Sicht auf Rosa Luxemburg, die Internationalistin. Das führte soweit, dass sogar der Bundeskanzler anfing, sich um „die Andersdenkenden“ zu befleißigen. Von Kohl hört man seitdem wenig, von Vera Lengsfeld gar nichts mehr – ihre Offenbarungen haben dagegen, insbesondere bei „Links“, tiefe Wurzeln geschlagen, hinein bis in die „Eckpunkte“, wo ganz in der Art der kaiserlichen Offizierskasinos die Monokel zu rechtgerückt und die Hacken zusammengeschlagen werden – man „zollt den Andersdenkenden Respekt“ – wie labend. Wir sollten niemals vergessen, dass Rosa Luxemburg durch einen anders denkenden Gewehrkolben gemeuchelt wurde?

Versunken und vergessen Franz-Josef Strauß, der Name geistert lediglich hin und wieder durch die bayrischen Gerichtssäle. Als es in Polen, damals Volksrepublik Polen, mächtig zu rumoren begann, bildete sich eine unabhängige Gewerkschaft „Solidarnoc“ unter der Führung eines Facharbeiters der Gdanskener Lenin-Werft heraus. Justament in diesem Augenblick entdeckte besagter Franz-Josef sein Herz für die Arbeiter im ehemaligen deutschen Danzig. Der ansonsten eher mit Rüstungsgeschäften beschäftigte Ministerpräsident – niemand wunderte es – wurde „polnischer Gewerkschafter“ par excellence.

Besonders peinlich sind die (Fernseh-) Bilder jeweils am 17. Juni – man betrachte genüsslich die randvollen Memorialveranstaltungen anlässlich des „Arbeiteraufstandes 1953“, betrachte sorgfältig die Gesichter und die elegante Kleidung (hier sind alle gewaschen und rasiert) – viele Betuchte in einer Reihe, aus der „Unterschicht“ ist kaum einer dabei. Wie angesichts dieser Kulisse Rita Süßmuth noch mahnende Worte herausbringt, ist bewundernswert.

Und das geht munter so weiter. Neuerdings befleißigten sich „Aktivisten“ der späten Geburt um die Sozialisten/Kommunisten, die unter dem „Stalinismus“

gelitten haben. Ja, sie haben gesammelt für einen Gedenkstein. Dabei wird geflissentlich übersehen, dass in der Bundesrepublik nach 1956 zehntausende Verfahren gegen deutsche Kommunisten angestrengt wurden. Es ist zu bezweifeln, ob solche standhaften Kommunisten wie Max Reimann, Walter Janka, Franz Dahlem oder Paul Merker sich mit diesen späten Krokodilstränen benetzen würden. Nicht Mitleid suchen die „Opfer des Stalinismus“ – es bliebe allerdings zu wünschen, dass die Heuchelei etwas moderater ausfiele.

Aber damit nicht genug. Gerade jener Personenkreis, inklusive vieler Juristen, der so vehement und schließlich auch sehr erfolgreich die deutschen Kommunisten mit dem KPD-Verbot bekämpft hat, erweist sich hilflos bei der Installation eines NPD-Verbots. Mehr noch, es wird lamentiert, dass man nach einem Verbot die NPD gar nicht mehr auffinden könnte, man solle sich besser mit dem „Geist“ der NPD intellektuell auseinandersetzen. „Nicht wegsehen“, heißt es. Aus den Nobelkarossen wird „Zivilcourage“ angemahnt. Diese „demokratischen“ Alternativen blieben bei der Verhängung des KPD-Verbots 1956 eindeutig unbeachtet, dafür wird 50 Jahre später um so medienwirksamer den „Opfern des Stalinismus“ beigesprungen.

Das ist aber nur das halbe Debakel – man muss den Streitern der „heiligen Hetzjagd“ gegen den Kommunismus (Kommunistisches Manifest, 1847), der mit Francois Babeuf eine 200jährige Geschichte hat – also nicht auf 25 Jahre stalinischer Willkürherrschaft beschränkt – zubilligen, dass sie, in Tradition des Propagandaministeriums, gnadenlos die ganze Wucht ihrer Medien einsetzen. Unverständlich ist, dass bei dieser nicht immer fairen Auseinandersetzung ausgerechnet „die Linke“ blinde Kuh spielt, so tut, als wäre es schier unmöglich, diese Zusammenhänge zu erkennen. Ja, nach dem besagten Strickmuster postuliert, man solle den Gedenkstein auf dem Friedhof der Sozialisten ruhig stehen lassen, man könne doch darüber diskutieren – oder sogar einen Leserbrief verschicken, was hiermit geschieht.

Walter Ruge

Marktmacht der Stromkonzerne muss gebrochen werden!

Ein aktuelles Gutachten der TU-Dresden belegt, dass die vier großen Stromkonzerne ihre Macht ausnutzen und so deutlich überhöhte Strompreise durchsetzen.

Dazu erklärt der Lausitzer Bundestag-abgeordnete der Fraktion DIE LINKE., Wolfgang Neskovic: „Das von Prof. Dr. Christian von Hirschhausen erarbeitete Gutachten belegt, was viele schon längst vermutet haben: Der deutsche Großhandelsmarkt spiegelt keinen wettbewerblichen Strompreis wider.“

Stattdessen beherrschen die großen Stromkonzerne den deutschen Strommarkt vollständig und setzen überbeuerte Strompreise durch. Daher unterstütze ich die Pläne der EU-Kommission, die eine Trennung der Stromnetze von der Stromerzeugung vorsehen. Zudem sollte im Interesse der Verbraucher und der kleinen und mittleren Unternehmen eine staatliche, parlamentarisch kontrollierte Regulierung der Strompreise eingeführt werden. Der Marktmacht der Energieoligopole ist mit Worten nicht beizukommen.

Den aktuellen Ankündigungen von Vattenfall zum so genannten CO2-freien Kohlestrom begegne ich mit großer Skepsis, solange das Unternehmen keine Daten über die zu erwartenden Gebiete veröffentlicht, die dann durch neue Tagebaue in Anspruch genommen werden.“

Sozialticket in Brandenburg

Die Fraktion der Linkspartei.PDS hat die Einführung eines Sozialtickets für Empfänger von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter beantragt. Einen entsprechenden Antrag legte die Fraktion im Ausschuss für Infrastruktur und Raumordnung vor. Um Mobilität für sozial Schwache gewährleisten zu können, ist ein Sozialticket unentbehrlich. Es verhindert die Ausgrenzung sozial schwacher Mitbürger und sichert deren Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Die Finanzierung des Sozialtickets kann aus Einsparungen im Haushalt des Verkehrsministeriums bzw. aus Steuermehreinnahmen erfolgen.

Die Koalitionsfraktionen lehnten den Antrag zum Sozialticket im Fachausschuss ab. Anita Tack (Mdl): „Wir werden uns deshalb im Landtag für die Einführung des Sozialtickets einsetzen. Das Berliner Beispiel sollte auch in Brandenburg Schule machen.“

Scharfe Kritik ertentet Landesregierung und Koalition für den Gesetzentwurf zur Änderung des Brandenburger ÖPNV-Gesetzes. Noch vor der Anhörung zum ÖPNV-Gesetzentwurf hat die Koalition ihre Anträge zur Kürzung der ÖPNV-Mittel vorgelegt.

Dach & Wand Ltd. bietet an:
z.B. 100 m² Dach
 (Incl. Abriss, Entsorgung, Folie, Lattung, Tonpfanne naturrot)
nur 4.980,-€ oder für nur 54,-€* im Monat
 *100% Auszahlung, effektiver Jahreszins 4,28%

- Fassadenbau mit innovativen Lösungen für feuchte Außenwände
- Flachdachsysteme
- Innenausbau/Komplettlösungen

Schnell handeln lohnt sich!

Hohendorfer Straße 11, 39218 Schönebeck, Tel.: 0391 5639547

Kompromiss zum Nutzen der Bürger erreicht

Aus der Rede des Linkspartei-Fraktionsvorsitzenden H. – J. Scharfenberg vor der SVV am 31. Januar

Politik lebt vom Ausgleich. Ein lange Zeit andauernder Konflikt kann einer Lösung zugeführt werden. Seit Jahren diskutieren wir über die Gestaltung der historischen Mitte der Stadt. Es ist eine polarisierte Diskussion, die sich einerseits in einem traditionalistischen Verständnis der Wiedergewinnung des historischen Stadtbildes widmet, andererseits eine offene Gestaltung unter Berücksichtigung der heutigen Probleme fordert.



dieser Seite uns gegenüber eine große Erwartungshaltung gibt. Wie kann man diesen Widerspruch in der konkreten Situation auflösen? Wir haben uns entschieden, mit einer Reihe von Bedingungen (in einem Änderungsantrag, d. Red.) die Kritikpunkte aufzugreifen, die die ablehnende Haltung in großen Teilen der Bevölkerung insbesondere begründen.

Erstens ist das die Verkehrslösung (Friedrich-Ebert-/Breite Straße). Wir wollen zudem, dass die Einschränkungen, die mit der Verkehrsneuordnung verbunden sind, auf das unumgängliche Minimum beschränkt werden und unter diesem Gesichtspunkt ein Konzept zur Koordination der Bauarbeiten an der Humboldtbrücke und der Langen Brücke vorgelegt wird.

Zweitens setzen wir uns für klare Festlegungen zur Sanierung des Alten Rathauses bis 2010 und der Stadt- und Landesbibliothek bis 2011 ein, womit gesichert wäre, dass diese wichtigen städtischen Gebäude parallel zum Landtagsneubau instand gesetzt werden.

Drittens: Unser Wahlslogan zu den letzten Kommunalwahlen war: „Das Schloss kann warten“. Mit Blick auf den maroden Zustand vieler Schulen und Kindertagesstätten fordern wir ein Sanierungsprogramm für Schulen und Kindertagesstätten, mit dem im Zeitraum von 2008 bis 2011 mindestens 55 Millionen Euro bereitgestellt werden.

Viertens wollen wir angesichts der vorgelegten Investitionsplanung bis 2010 in einer Beschlussfassung darauf hinwirken, dass die notwendigen Eigenmittel für die Inanspruchnahme von Förderprogrammen für die Neubaugebiete bis 2010 gesichert werden.

Fünftens soll die zügige Entwicklung der Speicherstadt volle Unterstützung der Stadt haben.

Sechstens darf die erste Bürgerbefragung in der Landeshauptstadt keine einmalige Angelegenheit sein, sondern ist als Einstieg in eine neue politische Kultur zu betrachten.

Und siebentens ist die Tatsache völlig unbefriedigend, dass der geplante Parlamentsneubau ausgehend von den gegenwärtigen Erfahrungen mit dem Landtag auf dem Brauhausberg nicht als eine



Belebung der Innenstadt betrachtet wird. Damit wollen und dürfen wir uns nicht abfinden. Es gibt keinen akzeptablen Grund, warum es nicht möglich sein sollte, ein Landtagsgebäude so auszugestalten, dass es ein öffentliches Gebäude ist, das die Bürger anzieht. Deshalb wenden wir uns mit einer energischen Aufforderung an den Landtag, dass ein neues Gebäude an einem solch neuralgischen Punkt mit der dringenden Erwartung einer veränderten Arbeitsweise des Parlaments zu verbinden ist. Hier muss ein Haus der Demokratie, ein Haus des Volkes entstehen, das für die Bürger zugänglich ist, das mit einem interessanten Veranstaltungsangebot aufwartet, Ausstrahlung und Anziehungskraft entwickelt.

Die PDS-Fraktion hat sich in langen und intensiven Diskussionen in Rückkopplung mit der Parteibasis auf diesen Katalog von Rahmenbedingungen geeinigt, den wir in Form eines Änderungsantrages zur Abstimmung stellen.

Alles in allem haben wir eine echte Chance, einen fundamentalen Konflikt nach vorn aufzulösen. Nutzen wir sie.

Ein teurer Traum – die historische Mitte...

So wurde abgestimmt:

Zum Auslegungsbeschluss mit den Änderungen der Linkspartei. PDS votierten die Stadtverordneten wie folgt:

29 Ja-Stimmen

16 Nein-Stimmen

03 Enthaltungen

MEINE MEINUNG:

Erfolg der Linkspartei

In den vergangenen Wochen geriet die ablehnende Haltung der Linkspartei zur Errichtung eines Landtages auf dem Grundriss des alten Stadtschlusses aus zwei Gründen auf den Prüfstand. Erstens, weil durch die mehrheitliche Ablehnung des B-Planes auch durch Stadtverordnete anderer Parteien nach mehrfach anderer Beschlusslage nun auch die Gründe der Linkspartei in den Focus der Betrachtung kamen. Zweitens, weil durch die große relative Mehrheit der Befürworter dieses Standortes im Ergebnis der von der Linkspartei durchgesetzten Bürgerbefragung eine Auseinandersetzung mit der Be-



wertung des Plebiszites erforderlich wurde. Der von der Linkspartei favorisierte Standort Palais Barbarini fand bei der Befragung keine Mehrheit. In der kurzen Zeit zwischen Bürgerbefragung und erneuter Befassung in der Stadtverordnetenversammlung wurde eine intensive Rücksprache mit der Parteibasis und im Kreisvorstand organisiert. Im Ergebnis wurde gebilligt, dass die Stadtverordneten dann – und nur dann – von der ablehnenden Position abweichen, wenn einem Höchst-

maß an sachlichen Bedenken abgeholfen würde. Dazu zählen u.a. eine Entschärfung der Verkehrslösung, eine Kostenbegrenzung durch Verzicht auf die historische Fassade, die Sicherung der Entwicklung des gesamten Standortes – also einschließlich altem Rathaus und Bibliothek, der Sicherung der Finanzmittel für Schulen, Kitas und die Neubaugebiete, Entwicklung der Speicherstadt und transparenter öffentlich zugänglicher Arbeitsweise des Parlamentes. Diesen Anliegen folgten SPD und CDU in Abänderung ihrer bisherigen Positionen. Der Landtagsneubau wurde nicht zum Vehikel für ein Stadtschloss, sondern ein Vehikel für soziale Grundsätze der Stadtentwicklung – ein Erfolg der Linkspartei.

Pete Heuer, Kreisvorsitzender der Linkspartei.PDS

Das kurze Leben der ersten Verfassung für das Gebiet der Mark Brandenburg

Februar 1947

Am 20. Oktober 1946 hatte es in Brandenburg Landtagswahlen gegeben. Vorangegangen waren Bodenreform, Enteignung, Entnazifizierung, Justiz- und Schulreform. Die Machtverhältnisse in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) hatten sich im Rahmen der Blockpolitik zugunsten der SED entwickelt. Nur wenig nach den Landtagswahlen, am 21. November 1946, einigte sich der zentrale Blockausschuss Brandenburgs, Entwürfe für eine Landesverfassung zu beraten. Auf der Zusammenkunft am 04. Dezember 1946 legten die Vertreter der SED einen Verfassungsentwurf vor. Bei dieser und weiteren Beratungen standen vor allem Fragen der Gewaltenteilung, der von der SED angestrebten Gleichstellung von Parteien und Massenorganisationen sowie des Bildungsprivilegs des Staates im Mittelpunkt. Dabei musste die SED zwangsläufig Zugeständnisse machen, denn von den 100 Landtagsabgeordneten gehörten nur 44 der SED und 5 der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) an. Rechnet man diese 5 Abgeordneten als potenzielle Mitglieder der SED-Fraktion, so bleiben 51 Abgeordnete, die dem bürgerlich-demokratischen Lager angehörten (31 CDU, 20 LDP).

Da die Zentrale der SED darauf orientiert hatte, alles dafür zu tun, dass die Abstimmung in den Länderparlamenten zur Landesverfassung einstimmig erfolgen sollte, waren die Bedingungen für das bürgerliche Lager – in Brandenburg auch unter Beachtung des politischen Kräfteverhältnisses im Landtag – äußerst günstig. So konnten Positionen eingebracht werden, die von vornherein nicht vorgesehen waren. Völlig neu formuliert wurde beispielsweise der Artikel 6 der Landesverfassung, in dem es hieß:

„Die Staatsgewalt findet im Rahmen der Gesetze ihre Grenzen in den Grundrechten. Diese sind: Freiheit der Person, Freiheit der Meinungsäußerung, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, Wahlfreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Freiheit des Streikrechts, Freiheit des Stimmrechts, Freiheit der Wohnung, das Recht der Freizügigkeit, die Wahrung des Brief- und Postgeheimnisses. Gegen Gesetze, die gegen Moral und Menschlichkeit verstoßen, besteht ein Widerstandsrecht.“

Mit diesem Artikel wurde die in der Geschichte erste Landesverfassung Brandenburgs am 06. Februar 1947 einstimmig

beschlossen und vom Landtagspräsidenten Friedrich Ebert unterzeichnet.

Die Lebensdauer dieser Verfassung aber war begrenzt. Bereits im Absatz 2 des Artikels 1 war festgeschrieben: „Eine zukünftige Verfassung der Deutschen Demokratische Republik ist für die Mark Brandenburg bindende Rechtsnorm...“. Hatte es seit Gründung der DDR am 07. Oktober 1949 mehrere Versuche gegeben, die Länderverfassungen auszuhebeln (Justiz- und Wirtschaftsfragen z.B. waren schon seit 1950 aus der Länderkompetenz genommen worden), so versetzte das Gesetz der Volkskammer der DDR vom 23. Juli 1952 zur Schaffung der Bezirke der DDR ihnen den endgültigen Todesstoß, auch wenn die Länder de jure bis zur Auflösung der Länderkammer im Dezember 1958 bestanden.

Walter Ulbricht hatte sich damit durchgesetzt. Der Generalsekretär des ZK der SED hatte bereits 1950 erklärt, dass Parteibeschlüsse „von großer staatspolitischer Bedeutung“ seien, während die Verfassung nur eine „prinzipielle Richtlinie“ darstelle und deren Artikel „unter den Bedingungen des gegenwärtigen Zeitabschnitts im fortschrittlichen Sinne“ zu sehen wären. *-rt*

Nach dem Krieg war vor dem Krieg

Februar 1927

Den Vers. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch...“, schrieb B. Brecht zwar erst nach dem II. Weltkrieg, doch hätte er am 19. Februar 1927 – zumindest was die Haupt- und Residenzstadt Potsdam betrifft – schon seine volle Berechtigung gehabt. Da nämlich wurde im Lustgarten augenscheinlich, wessen Geistes Kind erneut nach oben strebte: Die erste Militärparade nach dem großen Krieg

fand statt – mit großem Spiel. Wieder sollten vor allem junge Menschen für ein Kriegsabenteuer begeistert werden. Damit diese Werbung keine Eintagsfliege bleibe, wurde nur wenige Monate später erneut ausgeholt: Am 15. Mai 1927 weihte die Stadt Potsdam mit großem Aufwand den Land- und Wassersportplatz Luftschiffhafen dem Andenken der „Potsdamer Heldensöhne“, die im I. Weltkrieg ihr

Leben hatten lassen müssen. So auch der Maschinenbauer Fritz Seegebarth (geb. 25. 10. 1891) und der Seemann Bruno Zappe (geb. 09. 11. 1888), die bereits am 04. August 1914 die ersten Potsdamer „Heldensöhne“ wurden.

Ob die ihr Sterben auch als heldisch empfunden hatten und dem Versuch einer neuerlichen Begeisterung für den Krieg zugestimmt hätten?

Wie Friedrich II. sich um die Kriegswitwen „sorgte“

Februar 1747

Friedrich II. hatte 1740 den preußischen Thron bestiegen. Die von seinem Vater ererbte stärkste Armee Europas setzte er sofort ein, um das dicht bevölkerte und wirtschaftlich starke Schlesien seinem Lande einzuverleiben. Er brach den Ersten Schlesischen Krieg (1740 – 1742) und den Zweiten (1744/45) vom Zaune. Allein in den fünf Hauptschlachten beider Krie-

ge verlor Preußen etwa 22.000 Mann. Nicht eingerechnet sind die an Verwundungen oder Krankheiten starben.

Galt dem Preußenkönig schon das Leben eines einfachen Soldaten nicht viel, so kümmerten ihn die Lebensverhältnisse der hinterbliebenen Witwen noch weniger. Wie auch käme er, der Verursacher der Kriege, dazu!

Folgerichtig befahl Friedrich II. am 03. Februar 1747 dem Generalleutnant v. Hacke, die bedürftigen Soldaten-Kriegswitwen genauer unter die Lupe zu nehmen, da er, der König, nicht die Absicht habe, „... junge und starke Weiber in ihrer Faulheit zu stärken oder noch gar liederlich zu machen...“

Vielleicht nachahmenswert?

Februar 1982

Am 12. Februar 1982 wurde unter Vorsitz des 1. Stellvertreters des Oberbürgermeisters der Stadt Potsdam, Prof. Dr. Werner Gramann, beim Rat der Stadt Potsdam ein Beirat für sozialistische Familienpoli-

tik gebildet. Es ist der erste im Bezirks Potsdam. In der „Märkischen Volksstimme“ vom 16. Februar 1982 heißt es: „...es (ist) das Anliegen dieses Beirates, komplex und langfristig Aktivitäten und

Maßnahmen der Familienförderung zu beraten, zusammenzuführen, Lösungsvorschläge zu unterbreiten.“

Wäre heute ein solcher Beirat so fehl am Platze?

Am Anfang stand die „Gass-Klasse“

Karl Gass in der Filmhochschule / Eine Erinnerung von Hermann-Otto Lauterbach

Annähernd vierzig Jahre liegen hinter uns, seitdem ein gewisses 11.Plenum einige seiner Blitze auch in die Filmhochschule Babelsberg, die erste ihrer Art im Nachkriegsdeutschland, schleuderte. 1954 gegründet, seit 1959 als assoziiertes Mitglied in die CILECT, die Weltorganisation der Filmhochschulen, aufgenommen, waren zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als 20 Studenten aus 11 verschiedenen Ländern bei ihr immatrikuliert worden. Nun aber, 1965/66, standen Strukturveränderungen in Richtung Fernsehen bevor.

Das „Film-Institut“, dem die Hochschulfachrichtungen unterstanden, wurde aufgelöst. Ralf Kirsten schied als Leiter der Fachrichtung Regie aus. Er übernahm, gemeinsam mit Claus Küchenmeister, die fachliche Betreuung einer Gruppe „Szenaristen“ im Sonderstudium. Die Regiestudenten zweier Studienjahre aber waren geblieben.

Damals kam unser Rektor, Prof. Dr. Schwalbe, auf die Idee, einen Mitarbeiter der Fachrichtung Szenaristen/Dramaturgie, die in Richtung „Film- und Fernsehwissenschaft“ umstrukturiert werden sollte, zum zeitweiligen Fachrichtungsleiter der „Restregie“ zu machen. Protestierende, Unzufriedene, mag er sich gesagt haben, beruhigt man durch Arbeit, möglichst viel Arbeit.

Wie auch immer. Im „Sonderband 1/79“ zum 25-jährigen Bestehen der Hochschule musste ich mir Hintergründe und Zusammenhänge des Geschehens aus meinen Unterlagen und Aufzeichnungen rekonstruieren. Nahezu von selbst traten mir damals schon die Studenten und ihre Klassenleiter vor Augen. Um zwei Klassen handelte es sich, und jede davon hatte ihre Besonderheiten.

Karl Gass und sein Mitarbeiter Richard Ritterbusch betreuten die erste Dokumentaristen-Klasse der Hochschule. Eine internationale Klasse, deren Film „Vietnam“, bereits im ersten Studienjahr entstand. Jeder der fünf Immatrikulierten sollte und durfte sein eigenes Sujet, seine eigene Art des Herangehens an das gemeinschaftliche Thema einbringen, erfuhr auf diese Weise am eigenen Leib jene wesentlichen Elemente künstle-

risch-publizistischer Gestaltung, wonach ein künstlerisches Subjekt „dokumentare“ Ausschnitte tatsächlichen Geschehens filmt, kombiniert, sie mit Ton, Musik und Sprache verbindet, um letztlich Assoziationen im Zuschauer hervorzurufen, die dessen Seh- und Denkweise erweitern, schärfen, sie im günstigsten Fall sowohl bewegen als auch verändern.

Obwohl die jeweiligen Sujets dieses Gemeinschaftsfilms des Erststudienjahres (1966) im Sonderband 1/75 nicht verzeichnet sind, erinnere ich mich durchaus an Einzelheiten, die mich damals berührten. In meinem Tagebuch fand ich unter dem „29.10. – Sonnabend“ die Eintragung: ...11 Uhr Abnahme Dok.-Projekt Gass-Klasse. Erstaunlich ordentlich, das 1.Studienjahr ins Wasser geworfen, und siehe da!, sie haben sich hochgestrampelt!! K.Weiß und die Christenheit. Wir sind keine „umgekehrten Pharisäer“. (Sein Beitrag lenkte die Aufmerksamkeit auf die bombardierten, zerstörten Kirchen und Einrichtungen in einem Land, das unter französischer Kolonialherrschaft über Jahrzehnte hin katholisch

missioniert und christianisiert worden war.) Nach einer Hochschulveranstaltung auf dem Internationalen Leipziger Dokumentarfilmfestival geriet ein weiterer Teilbeitrag, den Peter Rocha erarbeitet hatte, gewissermaßen „außer der Reihe“, in die Abschlussveranstaltung des Festivals.

Der Film „Vietnam“ selbst erhielt in eben diesem Jahr die erste internationale „Ehrende Anerkennung“ der Babelsberger Filmhochschule überhaupt. Ihr sollten in den Jahrzehnten danach weitere folgen, sei es in Leipzig, Moskau, Lodz, Budapest, sowie auf den Westdeutschen Kurzfilmtagen in Oberhausen. Alle von „Studenten gemacht!“, die ab 1976 sogar ihr eigenes „Internationales Studentenfestival“ organisierten und im Babelsberger „Thalia“ über die Bühne brachten.

Am Anfang dieser Entwicklung aber stand die „Gass-Klasse“ des Jahres 1966 mit den Studenten Peter Rocha (DDR), Konrad Weiß (DDR), Alfredo Calvimontes (Bolivien), Kamal Saydo (Syrien), denen sich 1967 noch Maria Szmyt (VRP) zugesellte.



Karl Gass, geboren am 2.Februar 1917
Foto: Klaus D. Schwarz

Mögen jene, die sich vierzig Jahre später ihres damaligen Mentors erinnern, es den heute 90-jährigen durchaus wissen lassen! Dies, lieber Karl, wäre eines inzwischen 80-jährigen seltsamer Wunsch für Dich!

Dein
Hermann Otto Lauterbach.

Ja zu 120 km/h

Bereits 40% der Autobahnen in Deutschland unterliegen einer Geschwindigkeitsbegrenzung. Da wäre es nur konsequent, eine generelle Begrenzung festzulegen. In keinem Land der Welt darf so gerast werden wie in Deutschland. Da der Verkehrsbereich einen Großteil der CO₂-Belastung zu verantworten hat, muss er auch einen Großteil beim Abbau dieser Umweltbelastung tragen. Dazu ist eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 120 km/h der richtige Weg, der nicht nur

die CO₂-Belastung reduziert, sondern ebenso den Kraftstoffverbrauch und das Unfallrisiko erheblich senken würde. „Ich fordere die Landesregierung auf, in diesem Sinne im Bundesrat aktiv zu werden“, so die verkehrspolitische Sprecherin der Linkspartei Anita Tack. Gerade das Land Brandenburg könne z. B. mit der Geschwindigkeitsbegrenzung auf der A 24 im Abschnitt Dreieck Havelland – Dreieck Wittstock seit nunmehr drei Jahren sehr gute Erfolge erreichen.

Zukunftsfähiger ÖPNV

Nachdem es dem Potsdamer Verkehrsbetrieb mit der Einführung des neuen Fahrplans im Mai 2006 gelungen ist, die Fahrgastzahlen signifikant zu erhöhen, soll es nun in einem weiteren Schritt darum gehen, die noch vorhandenen Schwächen bei den Anschlussbeziehungen zu beseitigen. „Wie schon bei der Vorbereitung des vergangenen Fahrplanwechsels ist die Einbeziehung der Kunden in die

Vorbereitung eine gute Sache, um noch mehr Fahrgäste zu gewinnen“, erklärte die verkehrspolitische Sprecherin der Linksfaktion Anita Tack (MdL).

Ein nächster Schritt solle die Bildung eines gemeinsamen starken Verkehrsunternehmens in der Region in und um Potsdam vorbereiten, um vorhandene Kapazitäten besser und koordinierter zu nutzen und so die Zukunft des ÖPNV im Interesse seiner Kunden sichern zu helfen.

Humboldtbrücke bringt keine Entlastung

Was passiert an der Humboldtbrücke?

Die folgenden „Fakten zur Maßnahme im Überblick“ stammen aus einer Pressemitteilung der Stadtverwaltung:

Ausbaulänge der Nuthestraße 1,6 km
 Ausbaulänge der Straßenbahn 1,9 km
 Ausbau der Humboldtbrücke (Brückenfläche) 8.100 m²
 Neubau der Brücke Rudolf-Breitscheid-Straße (Brückenfläche ca.) 2.400 m²
 Stützwände (Länge ca.) 670 m
 Lärmschutzwände (Länge ca.) 400 m
 Rückbau Fußgängertunnel Zentrum Ost - Babelsberg
 Rückbau Anschluss Humboldttring an die L40
 Neubau des Abzweiges nach Babelsberg bis zur Daimlerstraße
 Neubau Anschluss Friedrich-List-Straße behindertengerechte Gestaltung der Haltestellen
 Neubau Anschluss Friedrich-Engels-Straße

Wie jeder sehen kann, ist auf der Humboldtbrücke einiges im Gange. Zunächst schien es, dass der Verkehr, trotz der Einschränkungen, fast flüssiger vorwärts kommt als vorher. Es kommt aber auch zu Staus. Die Bauarbeiten werden uns mindestens bis zum Jahre 2012 begleiten. Neben dem Abriss und Neubau der Humboldtbrücke werden die Straßenbahngleise an die dem Zentrum Ost zugewandte Seite verlegt. Glücklicherweise ist es gelungen, die ursprünglichen Pläne zu verhindern, die eine Straßenbahnführung mitten durch das Wohngebiet Zentrum-Ost vorsahen. Nunmehr wird es eine Haltestelle am Humboldttring geben, die barrierefrei zu erreichen ist. Die Brücke über die Schnellstraße dort wird abgerissen, um das Wohngebiet vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Dafür wird im Bereich der Friedrich-List-Straße eine neuen Zufahrt errichtet. Die Anschlussstelle Rudolf-Breitscheid-Straße soll verändert und damit sicherer und leistungsfähiger werden. Die Nuthestraße wird insgesamt von der Berliner Straße bis zur Friedrich-List-Straße erneuert. Dazu werden auch Fußwege und beiderseits in zwei Richtungen befahrbare Radwege gehören. Die Arbeiten haben in Richtung Babelsberg begonnen. Die Humboldtbrücke in dieser Richtung soll Ende 2008 fertig sein.

Wie leicht zu sehen ist, handelt es sich um ein Riesenprojekt, das die Stadt allein nicht finanzieren kann. Also musste man sich an Förderrichtlinien halten und u.a. Verbesserungen für den ÖPNV nachweisen. Dafür gibt es Geld vom Land, und das ist einer der Gründe für die Verlegung der Straßenbahn.

Natürlich werden mit den vorgesehenen Maßnahmen längst nicht alle Verkehrsprobleme gelöst. Nach wie vor gibt es keine konkreten Planungen, wie der Verkehr auf der Potsdamer Seite besser zu- und abgeführt werden kann (Behlertstraße, Hans-Thoma-Straße, Gutenbergstraße). Und dass es mit den Verbesserungen im Bereich der Humboldtbrücke, wie von den Landtagsschlossbefürwortern erhofft, zu einer Entlastung der Langen Brücke kommen wird, ist nicht vorstellbar.



Babelsberger, fahrt häufiger mit Bussen und Bahnen!

Das Projekt „Medientrasse“, die Verlängerung der Straßenbahn über die bisherige Endstelle Fontanestraße hinaus, droht zu scheitern. Neuere Berechnungen zu den verschiedenen Varianten haben ergeben, dass das so genannte Kosten-Nutzen-Verhältnis bei keiner Variante ausreichend günstig ist, um für die Weiterführung der Straßenbahn mit der Aussicht auf Genehmigung Fördermittel beantragen zu können. Auf gut deutsch gesagt: Die Verlängerung fällt auf absehbare Zeit mangels Beteiligung von Fahrgästen aus. Und dabei ist es relativ egal, ob die Trasse an der Wetzlarer Straße entlang oder am Bahnhof Medienstadt über oder unter den Gleisen geführt wird.

Bei dem heutigen Fahrgastaufkommen würde auch die Strecke vom S-Bahnhof Babelsberg bis zur Fontanestraße nicht mehr gebaut werden können. Bloß gut, dass wir die Gleise dort schon haben. Anders verhält es sich mit dem Bus 694. Er wird, für die wenigen Fahrgäste leider, nicht mehr nachts leer durch Babelsberg Nord fahren können. Die durch die Landesregierung immer weiter gekürzten Mittel für den ÖPNV erfordern auch vom ViP einen rationellen Einsatz. Und der Verkehrsbetrieb hat sich etwas einfallen lassen, nämlich einen so genannten Rufbus, der zu festen Zeiten, aber nur bei Bedarf fahren wird. Näheres dazu, wenn es im Mai soweit sein wird. Oder jetzt schon auf der Internetseite der Stadtwerke bzw. der Verkehrsbetriebe.

Zum Abschluss vielleicht noch ein Appell: Wenn nur die Hälfte aller Autofahrer mit einem P-Kennzeichen die (noch!) relativ guten Verbindungen des öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt wenigstens von Zeit zu Zeit nutzen würden, hätten wir ein wesentlich geringeres Verkehrschaos, weniger Lärm- und Feinstaubbelastung sowie gute Gründe, das Angebot des ÖPNV aufrecht zu erhalten oder sogar zu erweitern.

Dr. K.-U. Gunold

„Havelspanne“ und wie weiter?

Zur vorgesehenen Auflösung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Integriertes Verkehrskonzept Potsdam – Potsdam Mittelmark und Äußerungen des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung erklärte die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion die Linke. PDS im Brandenburger Landtag, Anita Tack: „Die Kommunale Arbeitsgemeinschaft ist an der Unvereinbarkeit der Interessen in Bezug auf die so genannte Havelspanne gescheitert.“

Ungeachtet dessen sei ein integriertes Verkehrskonzept für die Landeshauptstadt und ihr Umland dringend erforderlich. Es darf sich eben nicht einseitig auf ein bestimmtes Verkehrsprojekt reduzieren, wie es in der KAG versucht wurde, sondern muss alle Verkehrsarten und -wege einbeziehen. Zur Erarbeitung eines solchen umfassenden Konzepts sind Fachleute erforderlich. Das können ehrenamtlich tätige Volksvertreter nicht alleine leisten.

Anita Tack forderte das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung auf, in dieser Situation unterstützend tätig zu werden. Es gehe um übergreifende Fragen der Verkehrsentwicklung in der Region der Landeshauptstadt, um Bundes- und Landespolitik. Es sei nicht nur eine Frage der kommunalen Selbstverwaltung. Der Verkehrsminister stehe in der Pflicht, so Tack.

Das „Karli“ darf nicht sterben

Stadionneubau für Frauenfußball-WM bedroht Karl-Liebknecht-Stadion / Von Lutz Boede

Schon oft wurde über die Zukunft der traditionsreichsten Potsdamer Sportstätte, das Karl-Liebknecht-Stadion in Babelsberg, diskutiert. Mal waren es vereinzelt Anwohner, die sich in ihrer Wochenendruhe gestört fühlten, mal waren es Politiker, die sich als Trittbrettfahrer des sportlichen Erfolgs des SV Babelsberg 03 mit Stadionneubauplänen beliebt machen wollten. Bisher scheiterten alle Versuche, die Heimstatt des SV Babelsberg 03 in Frage zu stellen. Seit dem Sommer 2006 wird nunmehr an einer Machbarkeitsstudie gearbeitet, um einen Standort für ein Fußballstadion zur Frauen-Fußball-Weltmeisterschaft 2011 in Potsdam zu suchen.

Daran ist zunächst nichts Verwerfliches. Allerdings weisen Art und Weise der Verfahren und öffentliche Äußerungen von Oberbürgermeister Jann Jakobs darauf hin, dass das Karl-Liebknecht-Stadion bereits als Opfergabe für einen Stadionneubau in der Waldstadt feststeht. Damit würde die über einhundertjährige Tradition des Fußballs am Babelsberger Park zugunsten eines überdimensionierten und gesichtslosen Allerwelts-Stadions aufgegeben. Folgebelastungen aus dem Betrieb eines Stadionneubaus sind bisher unkalkulierbar und werden zu Belastungen der betroffenen Vereine, ihrer Mitglieder und Zuschauer gehen.

Prüfung auf WM-Tauglichkeit

Im Sommer 2006 beantragte die SPD-Fraktion in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, dass die Stadt Potsdam beim DFB ihr Interesse bekunden sollte, Austragungsort im Rahmen der Frauenfußball-WM 2011 zu werden. Die Verwaltung sollte prüfen, welche Voraussetzungen die Stadt Potsdam dafür erbringen muss – insbesondere, welche Anforderungen an ein WM-taugliches Stadion gestellt werden und ob sich diese in Potsdam erfüllen lassen. Die Fraktion Die Andere stellte den Ergänzungsantrag, die Prüfung auf bestehende Stadion-Standorte zu beschränken, um Fördermittel zur Sanierung bestehender städtischer Sportanlagen zu nutzen.

Die SPD-Fraktion zog daraufhin ihren Antrag zurück. Um dennoch zu einer Prüfung von Stadion-Neubauplänen zu kommen, wurde der Landessportbund Brandenburg eingeschaltet. Der LSB beauftragte einen Gutachter, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie drei durch die Stadt benannte Standorte auf ihre Tauglichkeit für ein WM Stadion zu untersuchen. Die Kosten für die Machbarkeitsstudie werden überwiegend durch Fördermittel des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung bezahlt.

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie werden derzeit folgende Standorte untersucht: Stadionneubau auf dem Gelände der Kaserne Krampnitz; Stadionneubau auf dem Gelände des ehemaligen Plattenwerkes an der Heinrich-Mann-Allee; Sanierung und Ausbau des Karl-Lieb-knecht-Stadions. Bei der Benennung des



Standortes Heinrich-Mann-Allee wird regelmäßig die irreführende Bezeichnung Wetzlarer Straße verwendet, um zu suggerieren, dass es sich um einen Standort in Babelsberg handelt.

Gegenwärtig sind die Anforderungen an ein Frauen-WM-taugliches Stadion völlig unklar. Zunächst wurden in der Presse Kapazitäten von bis zu 30.000 Zuschauern ins Spiel gebracht. Der Gutachter ging offenbar von einer Mindestkapazität von 20.000 überdachten Sitzplätzen aus. Das heutige Karl-Lieb-knecht-Stadion hat eine Kapazität von knapp 10.000 Zuschauern, davon etwa 1.700 Sitzplätze. Ein Stadion mit einer Zuschauerkapazität von 20.000 Sitzplätzen ist für den Fußballstandort Potsdam maßlos überdimensioniert. Selbst als Babelsberg in der 2. Bundesliga spielte und Turbine noch europäische Spitze verkörperte, lagen die Zuschauerzahlen deutlich unter 5.000. Auch für höhere sportliche Ambitionen des SV Babelsberg 03 und von Turbine Potsdam reicht mittelfristig nach Einschätzung der Vereinsvertreter ein Stadion mit einer Gesamtkapazität von maximal 15.000 Zuschauern (10.000 Stehplätze und 5.000 Sitzplätze), wie sie das Karl-Lieb-knecht-Stadion übrigens bis Ende der 1990er Jahre hatte. Dies entspricht einer Zielkapazität von 10.000 überdachten Sitzplätzen für ein Frauen-WM-taugliches Stadion.

„Karli“ soll Villen weichen

Presseberichten zufolge wird auf eine Förderung durch Land, Bund und EU von bis zu 80% spekuliert. Der verbleibende Eigenanteil der Stadt Potsdam belief sich bei den unterstellten Kosten von 20 Mio. Euro (2000,- pro überdachtetem Sitzplatz) auf 4 Mio. Euro. Derzeit liebäugeln die Planer mit dem Gedanken, den städtischen Anteil durch die Veräußerung des Karl-Lieb-knecht-Stadions zugunsten einer Bebauung mit Villen zu finanzieren. Auch die Betriebskosten eines neuen Stadions in der vorbeschriebenen Kapazität sind bisher völlig offen. Allerdings hat die

Stadt Potsdam deutlich gemacht, dass sie davon ausgeht, dass die beteiligten Vereine Babelsberg und Turbine für den laufenden Betrieb aufkommen sollen und dass in der städtischen Haushaltsplanung keine Mittel für den Betrieb eines Stadions vorgesehen sind.

Turbine Chef-Trainer Bernd Schröder, spricht im Zusammenhang mit einem Stadionneubau von einer „einmaligen Chance“, und das ist kein Zufall: Der Standort für einen Stadionneubau an der Heinrich-Mann-Allee liegt ideal neben dem städtischen Sportplatz an der DREWITZER Straße, der Heimstadt der Turbinen – ideale Voraussetzungen für den Meistertrainer der Turbine-Mädels und Mentor des deutschen Frauenfußballs. Im Babelsberger Karl-Lieb-knecht-Stadion geht es dem FFC Turbine Potsdam zwar auch nicht schlecht, nutzt der Verein das Stadion doch weitgehend kostenlos, aber ein neues Stadion in städtischer Hand wäre dann doch schöner.

Keine Invest-Ruine bauen

Alle Versuche der vergangenen Jahre, die große Babelsberger Fangemeinde, die eine nunmehr fünfjährige sportliche Durststrecke überstanden hat, von einem Umzug zu überzeugen, sind kläglich gescheitert. Während bundesweit in den Stadien große Probleme mit Rechtsextremen und Hooligans bestehen, hat sich in Babelsberg eine emanzipierte antirassistische Fankultur entwickelt, die sich durch das jährlich stattfindende Stadionfest „Der Ball ist bunt“ längst einen Namen gemacht hat. Das Fanprojekt wurde für seine vorbildliche Arbeit mit Jugendlichen gerade durch die Stadt Esslingen mit der Ehrengabe zum Theodor-Haecker-Preis ausgezeichnet.

Es spricht also nicht viel dafür, die Babelsberger Fußballtradition zugunsten eines gesichtslosen Stadionneubaus aufzugeben, der nach der Frauen-WM als überdimensionierte Investitionsruine in der Waldstadt herumsteht und durch die Stadt unterhalten werden muss.

Babelsberger Fußballtradition

Das Karl-Lieb-knecht-Stadion ist die traditionsreichste Sportstätte Potsdams. 1924 legten Mitglieder des SV Concordia Nowawes 06 auf dem ehemaligen Baum-schulgelände des Babelsberger Parkes einen Sportplatz an. Als 1928 auf dem Leipziger Kongress des Arbeiter-Turn- und Sportbundes (ATSB) KPD-Mitglieder ausgeschlossen wurden, gründeten diese die „Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport“, die sich 1930 in „Kampfgemeinschaft für rote Sport-einheit“ (KG) umbenannte. Die Nazis verboten 1933 sowohl die Kampfgemeinschaft als auch den ATSB. Concordia spielte in der höchsten Spielklasse der KG, wurde aber nach der Umbenennung in VfL Eintracht 06 Nowawes von der NS-Sportbehörde in die 2. Kreisklasse versetzt. Viele der Mitglieder wurden von den Nazis verfolgt. Seit 2004 trägt eine an das Karli angrenzende Straße den Namen Concordiaweg. Im Dezember 2006 wurde Concordia von Babelsberger Fußballfans neu gegründet.

Nachsatz

In der Debatte um einen potenziellen Stadionneubau in Potsdam hat – laut Pressemeldungen – OB Jann Jakobs allen Träumern eine Absage erteilt. Erste Option für eine eventuelle Austragung der Frauen-Fußball-WM habe die traditionsreiche Sportstätte am Babelsberger Park.

DEMO zum Erhalt des Karli:

Am 3. Februar 2007, 12.00 Uhr, Lutherplatz Babelsberg

Hinsehen, zuhören, helfen

„Alte Nowaweser“ für drei Jahre auf missionarischem „Entdeckungskurs“ in Indonesien

„Es wäre gut, wenn wir auch 2007 auf Entdeckungskurs bleiben, egal, wo wir gerade leben und welche Themen uns besonders beschäftigen“ - nach dieser Maxime wirken der Babelsberger Pfarrer STEPHAN FLADE und seine Frau ANNETTE, Ausländerseelsorgerin, seit dem letzten Sommer in Indonesien. Via Internet führten wir mit den beiden Babelsbergern folgendes Interview.

Zunächst wollen wir natürlich wissen: Apa kabar? – Wie geht es Ihnen?

Baik, baik. Danke, es geht uns gut. Wir haben das Christfest und den Jahreswechsel ins Jahr 2007 mit unseren Gästen aus Berlin verlebt. Gemeinsam haben wir in Nordsumatra unsere GBKP-Kirche kennen gelernt, auch viel Neues entdeckt und gesehen. Wir hatten die erste Planungsrunde und lernen nun in Indonesisch wie in Karonesisch die Schlüsselbegriffe für thematische Tagungen.

Welche Motive hatten Sie, vor neun Monaten Babelsberg „den Rücken zu kehren“ und selbst auf Entdeckungskurs für drei Jahre nach Indonesien zu gehen? Was haben Sie danach geplant?

Nach 23 Jahren erfolgreicher Arbeit in unserer Kirchengemeinde einerseits sowie der Ausländerseelsorge andererseits wollten wir (im Alter von 55 Jahren) eine neue Aufgabe angehen. Dabei kam uns die Ausschreibung der VEM (Vereinten Evangelischen Mission) für Indonesien gerade recht. Wir wollten für eine begrenzte Zeit mit unserer Erfahrung als Partner im Ausland arbeiten und auch unseren (regional begrenzten) Blickwinkel weiten. Danach wollen wir mit den Auslands- und Indonesien-Erfahrungen in unserer Kirche, der EKBO, weiterarbeiten.



Großveranstaltung zum Welt-Aids-Tag.

Nach dem Auswärtigen Amt ist „Indonesien das bevölkerungsreichste muslimische Land, aber kein islamischer Staat. Die Religionsfreiheit ist in der Verfassung garantiert, aber auf fünf Religionen beschränkt, wobei der Glaube an Gott gefordert wird. Atheismus wird nicht anerkannt.“ Wie stehen Sie zu dieser Doktrin und wie erleben Sie das Mit- bzw. Nebeneinander der Konfessionen?

Als neue Bewohner dieses riesigen Landes fällt uns eine erste Einschätzung sehr schwer. Das Bevölkerungswachstum ist rasant, ich denke, es liegt um die 1%-Marke herum, d.h. 2 Mio. im Jahr. Ca. 85% der Menschen sind als Menschen muslimischen Glaubens registriert. Es gilt die Staatsidee der Pancasila, die die Gleichheit der Religionen und Konfessionen (Islam, Buddhismus, Hinduismus, wie der

christlichen Kirchen und Freikirchen) garantiert. Das Miteinander der Religionen funktioniert gut. Weltweite Fragen von Extremismus und Terrorismus bestimmter kleiner Gruppen sind auch hier auf der Tagesordnung.

Aber das Land hat eine schwierige Loslösung aus dem niederländischen Kolonialreich hinter sich und ist auf dem Weg zum föderalen Einheitsstaat und zur funktionierenden Demokratie. Aus der DDR-Geschichte kennen manche ja das Problem der „Umbrüche“. In Indonesien sind es Ereignisse der Jahre 1949 ff., 1965, 1998 ...

Was können Deutsche den Indonesiern geben? Wie fühlt man sich in Sumatra als Vertreter einer Minderheiten-Religion?

Deutsche können viel geben: Solidarität, Sympathie, Anerkennung, manche Erfahrung und europäisches Wissen, Partnerschaft, Interesse für neue Einsichten ...

Im Bereich des „Tanah Karo“ (Karo-Hochlandes) gehören wir als evangelische Christen eher zur traditionellen Mehrheit. Auf dem Markt in Brastagi werden wir (wie auf dem Weberplatz) familiär und schulterklopfend angesprochen und als „eine/r von uns“ („alter Nowaweser“ dort, hier „GBKP-Pfarrer“) herzlich begrüßt. Die persönliche und sächliche Sicherheit im Alltag ist überhaupt kein Thema.

Das Auswärtige Amt schreibt, dass Indonesien ein Schwerpunktpartnerland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist. Haben Sie Beispiele kennen gelernt?

In Yogyakarta gibt es eine gute Zusammenarbeit zur Forschung über den Vulkan Merapi und bei der Hilfe im Erdbebengebiet südlich und östlich der Großstadt.

Mit der Universität UGM laufen eine Reihe von Austausch- und Forschungsprogrammen. Viele internationale Organisationen, NGO und Kirchen arbeiten mit deutschen Spezialisten vor Ort. In Umweltfragen gibt es fachlichen Austausch. In Aceh hat auch Hilfe aus Deutschland für die Tsunami-Opfer das große Leid gemindert.

Die GBKP-Kirche hat am 1.12.06 – anlässlich des Welt-Aids-Tages – eine



Auf der Sprachschule in Yogya.

große öffentliche Veranstaltung in Banda Baru, bei Medan, durchgeführt. Drei große Schulen, viele öffentlich Beschäftigte und Kirchenmitglieder nahmen samt einer großen Anzahl von Kommunal- und Regionalpolitikern daran teil. Bilder davon kann man auf unserer Internet-Seite www.familie-flade.de anschauen. Das sind Anfänge einer notwendigen öffentlichen Debatte zu einem brisanten Thema.

In Ihrer Bildersammlung finden sich auch etliche von einem „Webereiprojekt“. Suchten Sie in Indonesien Parallelen zu Nowawes?

Gern würden wir hier auch ein „Karonesisches Weberfest“ organisieren oder einen Sanierungsträger, vergleichbar mit der Arbeit des „Stadtkontor“ in Potsdam. Das braucht Zeit.

Konkret hatten wir Selbsthilfeprojekte von Frauen aus dem Erdbebengebiet in Klaten und in Yogyakarta besucht und unterstützt. Die Frauen arbeiteten mit Hilfe einer deutschen Spezialistin der GTZ. Die Webstühle waren wie früher in Nowawes, aber die Lage der Menschen um einiges schlimmer. Dort sind immer noch ca. 50% der Häuser zerstört und damit Arbeits- und Lebensbedingungen dramatisch „weggebrochen“. Da wollten wir hinsehen, zuhören und helfen.



Zu Gast auf einer traditionellen Hochzeit.

Angebote für Jung und Alt

Vorgestellt: das Kulturhaus Babelsberg

Eigentlich kennt es jeder Babelsberger. Zentral gelegen an der Kreuzung von Karl-Liebke- und Rudolf-Breitscheid-Straße, fällt das erst vor wenigen Jahren auch äußerlich wieder gut hergerichtete Haus mit seinen Türmchen, Erkern und seinem glänzend braunen und grünen Dach ins Auge. Es steht dort schon seit 1900. Gebaut und eingeweiht vom Gemeinderat Stubenrauch als Verwaltungssitz der Gemeinde Nowawes. Viele nennen es immer noch das Rathaus, die Gaststätte im halben Keller heißt auch noch Ratskeller und die Straßenbahnhaltestelle davor wurde auch noch nicht umbenannt, obwohl das Haus schon seit 1939 mit der Eingemeindung Babelsbergs nach Potsdam diese Funktion verloren hat.

Seit 1956 wurde es auf Beschluss des Rates der Stadt Potsdam ein Klubhaus. Das steht auch noch heute dran. Seit Mai 1974 trug es den Namen Herbert Ritter nach einem von den Nazis erschossenen Babelsberger. Geplant war damals eigentlich, das Haus nach Bertolt Brecht zu benennen, aber da hatten dessen Erben nicht zugestimmt.

Mit den Umbrüchen 1989/90 brachen auch die alten kulturellen Strukturen zusammen.

In den 90er Jahren wurde das Haus umfangreich innen und außen rekonstruiert. Ab Sommer 2005 übernahm die AWO (Bezirksverband Potsdam e.V.) die Trägerschaft des Hauses, das nun Kulturhaus Babelsberg heißt und zu den 6 Bürgerhäusern der Stadt gehört. Seit dieser Zeit leitet Frau Pachl das traditionsreiche Haus.

Außer der Gaststätte im Keller und dem Kulturhausbereich sind noch weitere selbständige kulturelle Vereine Mieter

des Hauses. Z.B. das Babelsberger StudentenFilmKino, die Stadtspieltruppe/Theaterschiff Potsdam, die Kunstschule-Potsdam e.V., der Förderkreis Böhmisches Dorf Nowawes und Neuendorf e.V. und die Singschule Potsdam e.V.

In einem Pressegespräch mit unserer Redaktion äußerte sich Frau Pachl zufrieden mit der Auslastung des Hauses. Der Terminkalender sei voll, die Räumlichkeiten annähernd ausgelastet. Verschiedenen Anbietern kultureller Kurse sowie Interessenten an privaten Feiern, für die die Räumlichkeiten prinzipiell auch nutzbar sind, musste sogar gelegentlich schon abgesagt werden. Besonders interessiert sind sie noch an jugendlichen Nutzern des Hauses. Ein Flyer mit der Programmübersicht für jeweils zwei Monate gibt detailliert Auskunft über Programm, Kurse und Workshops und belegt die Auslastung des Hauses anschaulich. Die Zusammenarbeit mit den anderen Mietern des Hauses und der Kulturhausleitung wird als sehr gut bewertet. Vieles wird gemeinsam gestaltet. Man hilft und unterstützt sich gegenseitig. Besonders die Regelmäßigkeit der Kulturangebote für die Bevölkerung wie etwa die Jazz-, Lese- und Junge-Talente-Reihe und das Studentenfilmkino zieht Besucher an. Ein Übriges tut der sehr gut gestaltete Internetauftritt. Die Angebote richten sich an alle Altersgruppen. Von Kindern bis Senioren.

Auf die Frage nach zusätzlichen Wünschen für mehr Unterstützung durch die Stadt oder den Träger bekamen wir überraschend zu hören: Die Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen sei sehr gut. Frau Pachl sieht durchaus ein, dass nicht immer alle Wünsche nach finanzieller und baulicher Unterstützung (Fahrstuhl



für Behinderte) sofort erfüllt werden können. Die Renovierungsarbeiten im ersten Stock laufen noch. Wenn sie abgeschlossen sind, wird das Kulturhaus mit weiteren Räumlichkeiten den Babelsbergern zur Verfügung stehen.

Internet: www.kulturhausbabelsberg.de

K. Muss

Schuldige Landschaft

Zur Geschichte der Villa in der Neubabelsberger Bergstraße 1

Alte Fotos, die den Blick von der Klein Glienicker Seite des Griebnitzsees auf das Neubabelsberger Ufer



richten, lassen weithin die Kuppel eines repräsentativen Gebäudes erkennen. Die zum Ensemble der Villen- und Landhauskolonie gehörende stattliche Villa in der damaligen Bergstraße 1 (heute: Spitzweggasse) ist heute nicht mehr vorhanden. Die Geschichte dieser Villa aber ist mit den dunkelsten Kapiteln Potsdamer Stadtgeschichte verbunden.

Am 9. April 1940 mietete die Reichsvereinigung der Juden - die von den Nationalsozialisten erzwungene Zwangsvereinigung der Juden - die Villa als jüdisches Siechen- und Altenheim.

Der Mietvertrag war bis zum 30. Juni 1941 begrenzt, ein sicheres Zeichen dafür, dass hier in Wahrheit kein Siechen- und Altenheim, sondern ein Konzentrationspunkt für die noch in Potsdam befindlichen Juden, meist Alte und Kranke, geschaffen werden sollte.

Das Gebäude bot Platz für etwa 40 Personen. Die in das Heim Einziehenden mussten ihr gesamtes Vermögen per Vertrag der Reichsvereinigung der Juden übertragen, ohne das Recht, es jemals zurückfordern zu dürfen.

Eine vom 6. Oktober 1942 datierte Liste weist die

Villa als Adresse für die letzten 52 in Potsdam lebenden Juden aus, die von hier aus in die Vernichtungslager im Osten transportiert wurden. Bereits im Januar 1942 waren 48 Potsdamer Juden in das Ghetto nach Riga deportiert worden. Zu den Insassen des „Heimes“ gehörten der letzte Kantor der jüdischen Synagogengemeinde Potsdams, Samuel Guttman, die Mitglieder der Gemeinde Leopold Ehrlich und Max Hirschbruch. Die Textilwarenhandlung Ehrlich lag mitten im Stadtzentrum neben der Synagoge und der Kantorwohnung am heutigen Platz der Einheit. Der Lebensmittelladen von Max Hirschbruch befand sich ehemals in der Kiezstraße 10a.

Am 16. Januar 1943 wurde das Gebäude von der Gestapo endgültig geräumt, die Einwohner in die Vernichtungslager deportiert.

Nach der „Räumung“ wurde das Haus von einer SS-Dienststelle genutzt.

In den Nachkriegsjahren verfiel das Gebäude und wurde schließlich Anfang der 70-iger Jahre abgerissen.

Heute erinnert ein schlichter Gedenkstein an jene Potsdamer Bürger, die von hier aus den Weg in den sicheren Tod antreten mussten.

Gerlinde Krahn / Almuth Püschel



„Menschen, Tiere, Koalitionen“:

6.2.2007 19:30 Uhr
7.2.2007 19:30 Uhr
8.2.2007 19:30 Uhr
9.2.2007 19:30 Uhr
10.2.2007 19:30 Uhr
13.2.2007 19:30 Uhr
14.2.2007 19:30 Uhr
15.2.2007 19:30 Uhr

Auch ohne politische Beschlüsse gibt's gegen Vorlage eines entsprechenden Ausweises Sozialtickets für 3 Euro für Empfänger von Hartz IV oder Sozialhilfe, für Rentner mit Grundrente und Asylbewerber. Sie können bestellt werden unter 291069.

Neues Obelisk-Programm: Menschen, Tiere, Koalitionen

Wer hätte das gedacht – die ersten, die so richtig an unsere nächste Bundestagswahl denken, sind die Potsdamer Kabarettisten! Naja, Vorfremde soll ja die schönste sein.

Das noch ganz frische Programm heißt „Menschen, Tiere, Koalitionen“. Zunächst bis 15. Februar zeigen Gretel Schulze und Andreas Zieger die Musiksatire, die sie so ankündigen:

„In zwei Jahren droht uns allen ein neuer Urnengang. Ja, das klingt schon so, wie Wald und Wiese. Über allen Parteien herrscht Ruh, in allen Gipfeln spürst Du kaum einen Hauch, warte nur, balde wählst Du Dich auch.“

Sehen kann man das Ganze für 13 bis 18 Euro im Kabarett Obelisk Potsdam in der Charlottenstr. 31. ed



Chile meint es ernst Sozialistin Bachelet mit politischem Veränderungswillen

Am Freitag, dem 18.01., fand in der Potsdamer Niederlassung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Teil III der Veranstaltungsreihe „Die Linke in Lateinamerika. Chile - von Pinochet zu Bachelet“ statt. Als Referenten konnten Prof. Helma Chrenko und Mario Jiménez gewonnen werden, die Moderation übernahm Moritz Kirchner.

Trotz Unwetter fanden die Gäste den Weg in die Dortustraße, um den interessanten Ausführungen der Fachleute zu folgen. Während es draußen stürmte, be-

gann Helma Chrenko ihren Vortrag mit einer Analyse der Präsidentschaftswahl von 2006, die die Sozialistin Michelle Bachelet an die Spitze eines Mitte-Links-Bündnisses hob. Dieses Ereignis wurde in den Gesamtzusammenhang des schwierigen Transformationsprozesses eingeordnet, den Chile seit dem Ende der Diktatur Augusto Pinochets durchläuft. Laut Chrenko hat die Diktatur ein tief gespaltenes Land hinterlassen, in dem die traditionellen Kräfte politisch immer noch stark sind. Dennoch wertete sie die Wahl Bachelets als ein klares Votum gegen Rechts. Als erfreulich schätzte Mario Jiménez ein, dass die Jugend des Landes den neoliberalen Zeitgeist zunehmend in Frage stellt und sich sozialistischen Positionen nähert. „Die jungen Menschen drängen auf ein solidarisches Bildungssystem. Sie fühlen, dass ihre Zukunft bedroht ist.“ Laut Chrenko und Jiménez hat die neue Präsidentin bereits ihren Willen zu politischen Veränderungen bekundet und Gesetzesinitiativen für ein solidarischeres Erziehungs- und Rentensystem eingebracht. te

Außer „Spesen“ nichts gewesen?!

Die Villa Grenzenlos – eine unendliche Geschichte

In ihrer Sitzung am 02. März 2005 hat die Stadtverordnetenversammlung nach langer Diskussion beschlossen, dass die Villa Grenzenlos ab dem 01. April gleichen Jahres in freie Trägerschaft überführt wird. Eine Auswahlkommission hat die Nutzungskonzepte der Bewerber verglichen und den Brandenburgischen Verein für Weltoffenheit und Menschenwürde e.V. als den neuen Betreiber ausgewählt. Verbunden damit war eine Neuorientierung der Programmatik sowie die Entwicklung eines Zentrums für interkulturellen Dialog. Dabei sollte die Nutzung an die jüdische Geschichte des Hauses anknüpfen; die Villa sollte lt. Konzept für (international-)europäische Begegnungen sowie für interkulturelle, wissenschaftsorientierte, religionsübergreifende, interdisziplinäre Diskurse geöffnet sein. Eine wichtige Vorgabe der Stadtverordneten war es, eine zeitnahe Wiedereröffnung der Villa Grenzenlos zu gewährleisten.

Seit diesem Beschluss und der Übergabe des Hauses an den o.g. Verein sind mittlerweile zwei Jahre ins Land gegangen, in denen wenig, um nicht zu sagen, gar nichts, passierte. Bei meinen unangemeldeten Besuchen im vergangenen Jahr stand ich vor verschlossenen Türen oder es war nur ein Hausmeister anwesend, niemals ein Verantwortlicher des Vereins, der die Villa betreibt. Bei einem Vor-Ort-Termin am 22.01.2007 zeigte sich das Gebäudeinnere in einem Zustand, der in mir auf der einen Seite das blanke Entsetzen und auf der anderen Wut hervorrief. Das Mobiliar, das ganz bestimmt nicht auf dem neuesten Stand war, als die Villa geschlossen wurde, fehlte teilweise gänzlich bzw. ist in einem beklagenswerten Zustand. In einem Raum

sind Zeitungen gestapelt, die ganz gewiss nicht von der Villa Grenzenlos abonniert waren (Süddeutsche Zeitung etc.). Da innerhalb der Verwaltung die Villa Grenzenlos der Volkshochschule Potsdam zugeordnet ist, frage ich mich schon: Wie ist die Leitung der Volkshochschule mit dem Objekt und dem neuen Betreiber umgegangen? Was wurde unternommen, als sich bereits nach einem halben Jahr abzeichnete, dass es Probleme mit der Wiedereröffnung geben würde? Wie wurde kontrolliert, wie die Zuschüsse von der Stadt Potsdam (jährlich ca. 60.000 €) verwendet wurden?

Diese und noch viele weitere offene Fragen muss die Verwaltung in den nächsten Wochen erklären. Dabei kann ich der Leitung der Volkshochschule den Vorwurf nicht ersparen, dass die Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung nicht konsequent verfolgt wurde und damit auch dem neuen Betreiber zu sehr freien Raum gelassen hat.

Jetzt, wo das Kind in den Brunnen gefallen ist, ist das Entsetzen groß. Die vielen Menschen, für die die Villa Grenzenlos bis Anfang 2005 Treffpunkt und eine Art Heimstatt war, können erwarten, dass der Verwaltung endlich vom Verein für Weltoffenheit und Menschenwürde ein Konzept auf den Tisch gelegt wird, wie es weiter gehen soll. Wir können auch erwarten, dass über die Verwendung der städtischen Zuschüsse (finanzieller oder materieller Art) Rechenschaft abgelegt wird, und dies in naher Zukunft, damit nicht noch weiterer Schaden entsteht.

Birgit Müller
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Ohne Mystik: Hitler mal grotesk

Darf man über Hitler lachen? Die scheinheilige Debatte um „Mein Führer. Die wirklich wahrste Wahrheit über Adolf Hitler.“ wird der Intention des Films von Dani Levy nicht gerecht. Die Frage schwebt schon beim Betreten des Kinosaals über einem, obwohl sie sich während des gesamten Films gar nicht stellt. Ähnlich verhält es sich mit dem Hitler-Darsteller Helge Schneider. Ist dieser „komische Vogel“ überhaupt geeignet, diese heikle Rolle auszufüllen? Ist er als Hitler vielleicht zu witzig? Diese Fragen werden wohl nur in Deutschland so gestellt.

Dani Levys Film kommt erstaunlich unkonventionell daher und macht von vornherein klar, dass die erzählte Geschichte frei erfunden ist. Der Umstand, dass Levy ganz offensichtlich nicht den Anspruch auf Authentizität erhebt, macht den Streifen sehr sympathisch. Er gibt nicht vor, was der Zuschauer denken soll, und er entzieht Hitler den Mantel des Mystischen. Levi verzichtet auf jegliches Pathos und nimmt dem Zuschauer damit die Angst, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Hitler wird nicht als Angst einflößender Verführer gezeigt, sondern als menschliche Kreatur. Dabei entstehen ernsthafte Szenen, die von skurrilen abgelöst werden, ohne das dabei die Grenze zum Klamauk überschritten wird. Im Grotesken liegt die Stärke der Hitler-Figur, die von Helge Schneider überzeugend gespielt wird. Souverän auch der preisgekrönte Schauspieler Ulrich Mühe in der Rolle des Adolf Grünbaum. Anschauen lohnt sich... Dr. Tino Erstling

Abbau von Ungleichheiten

Leitbild – Stichwort „Bildung“ – so sehen es die Parteien



Mehr Qualität durch gemeinsames Lernen/ Kleinere Klassen

„Wissen ist die stärkste wirtschaftliche Ressource für eine zukunftsfähige Gesellschaft“, so die Linken in ihrem Leitbildentwurf. Der Abbau von Ungleichheiten auch bezüglich der Herkunft müsse deshalb im Mittelpunkt der Modernisierung des Bildungswesens stehen.

Das sei zu erreichen durch gemeinsames Lernen und individuelle Förderung. Mehr Qualität erreiche man durch kleinere Klassen, weniger Ausfälle und qualifizierte Ganztagsangebote - mit mehr motivierten Lehrern. Schulen sollen in ihrer Eigenverantwortung gestärkt werden.

Die beschlossene Einführung von Begabungsklassen ab Jahrgangsstufe 5 gefährdet nach Auffassung der bildungspolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Landtag, Gerrit Große, langfristig die sechsjährige Grundschule. Sie „verschärft die Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg und setzt auf eine autoritäre Schule.“ Kritisch sieht sie vor allem, dass die SPD-CDU-Koalition die politische Prioritätensetzung bei der Bildung nicht finanziell untersetzt. Bei den Bildungsausgaben rangiert Brandenburg im Ländervergleich weit hinten.



Begabtenklassen ab Stufe 5 und Geld für Sprachförderung

Die SPD erklärt, „dass jedes Kind den seinen Fähigkeiten entsprechenden bestmöglichen Schulabschluss“ erreichen solle. Auch sie will sich für lebenslanges Lernen und „die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund auch durch Bildung“ einsetzen.

Nach der Verabschiedung der 16. Schulgesetznovelle der Landesregierung unterstreicht die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Ingrid Siebke: „Das Gesetz stärkt die Chancengleichheit. Wir haben uns in den Verhandlungen von der Maxime leiten lassen, kein Kind zurückzulassen.“ Sie hebt hervor, dass zum Schuljahr 2007/2008 ca. 2,5 Mio. Euro für die Einführung von obligatorischen Sprachstandsfeststellungen und Sprachförderkursen zur Verfügung gestellt werden. Außerdem würde die Zusammenarbeit von Kita und Schule verbessert. Das Gesetz sieht außerdem vor, Abiturienten bis zur 12. Klasse zu führen. In bis zu 35 Klassen wird bei ausreichender Nachfrage eine besondere Begabungsförderung eingeführt.

Darüber hinaus gilt an allen Schulen ab Schuljahr 2007/08 ein generelles Rauchverbot.

Vormerken:

3. März 2007, 10 - 12 Uhr
Thema: „Unsere Heimat“,
Leitbild der Landtagsfraktion Die Linke.PDS im Landtag Brandenburg.
Gesamtmitgliederversammlung im Bürgerhaus „Sternzeichen“, Saal Galileistraße 37/39.

Parteineubildung von Linkspartei.PDS und WASG

„Im Prozess der Parteibildung müssen wir über unseren Anspruch reden, dieses Land verändern zu wollen. Ohne diesen Anspruch liefe die Fusion Gefahr, zum Selbstzweck zu verkümmern. Unsere wichtigste Aufgabe in den nächsten Monaten besteht deshalb darin, dazu beizutragen, dass sich zügig ein fairer, solidarischer Einigungsprozess mit der WASG vollziehen kann.“

Die neue Partei hat nur dann eine Chance, wenn wir nicht das Trennende in den Vordergrund rücken, sondern uns darauf besinnen, wofür Linkspartei und WASG gemeinsam stehen: für soziale Gerechtigkeit, für Demokratie, für Selbstbestimmung und für zivile Konfliktlösung.“

(Lothar Bisky am 6. Dezember 2005 anlässlich der Unterzeichnung des Kooperationsabkommens III mit der WASG)

Zeitleiste für die Parteineubildungsphase bis 2007

24. und 25. März 2007:

Parallel stattfindende Bundesparteitage zur Beschlussfassung der Gründungsdokumente in Dortmund

30. März 2007 bis 18. Mai 2007:

Urabstimmung in beiden Parteien

15. Juni 2007:

Parallel tagende Bundesparteitage von Linkspartei.PDS und WASG in Berlin

16. Juni 2007:

Gründungsparteitag der neuen Linkspartei in Berlin

Kontakt zur WASG

Kreisverband Potsdam: Peter Lange: 1. Sprecher Tel.: 0163 27 83 784

Kreisverband Potsdam-Mittelmark: Uwe Richter: Sprecher Tel.: 0177 51 66 114



Die Ölmühle in Werder

Unsere feinen Öle
für Ihren gesunden Geschmack.

- **Aprikosenkernöl** (Kerne aus syrischem Wildwuchs)
- **Reines Kürbiskernöl** (original steirisch, traditionell gepresst aus mild gerösteten Qualitäts-Kürbiskernen)
- **Leinöl** (aus goldgelber biologischer LeinSaat)
- **Mandelöl** (aus biologischen, süßen Mandeln)
- **Schwarzkümmelöl** (aus ägyptischer, rückstandskontrollierter Saat)
- **Sesamöl** (aus biologischer Sesamsaat)
- **Sonnenblumenöl** (aus biologischer Sonnenblumensaat)
- **Reines Traubenöl** (kaltgepresst, naturbelassen)
- **Walnussöl** (aus biologischen Walnüssen, teilweise aus heimischem Wildwuchs)

Verkauf: Spezialitätenmarkt in Potsdam, Am Nauener Tor
(mittwochs und samstags 09.00 – 16.00Uhr)

Herstellung und Versand: Die Ölmühle in Werder (H.),
Katharina Wedow, T: 03327/668 227; Berliner Str. 109
14542 Werder; oelmuehle@online.de

Seniorenfreizeitstätte der Dahlweid Stiftung im Wohngebiet „Zentrum-Ost“

Montag, 05. Februar 2007: „Von den Maaren der Eifel zum sagenumwobenen Harz und den Kreidefelsen auf Rügen“. Ein Videonachmittag mit Karl Kreutz.
Beginn: 14.30 Uhr

Montag, 26. Februar 2007: „Lese-schnäppchen am Kaffeetisch“. Mitglieder des Zirkels „Schreibende Senioren“ unter Leitung von Karl Kreutz lesen Interessantes, Besinnliches oder Humorvolles berühmter Dichter, bekannter Schriftsteller oder aus eigener Feder.
Beginn: 14.30 Uhr

Dienstag, 27. Februar 2007: „Lust und Frust um Potsdams Mitte“. Im Gespräch mit Dr. Herbert Schlomm, Stadtverordneter.
Beginn: 14.30 Uhr

Mittwoch, 28. Februar 2007: „18, 20, Buben raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karlheinz Kunicke.
Beginn: 13.30 Uhr



Zum diskutierten Umzug der Eisenhartschule an den Standort Burgstraße glühen seit dem 10. Januar 2007 die Telefondrähte in Potsdam heiß. Die Kampagne der Eisenhart-Eltern gegen einen Umzug „ihrer“ Schule wurde gestartet und wird uns noch einige Wochen in Atem halten.

Zur Faktenlage: Wir haben in Potsdam einen gültigen Schulentwicklungsplan. Wir haben einen Beschluss zur integrierten Gesamtentwicklung des Standortes Kurfürstenstraße als Schulcampus, und wir haben seit Jahren ein sich zuspitzendes Raumproblem an Helmholtz- wie Eisenhartschule.

Zur aktuellen Situation: Die Schulleitung der Eisenhart-Schule hat bereits im Oktober 2006 bei der städtischen Schulverwaltung erneut auf eine dringende Klärung der Raumproblematik für Schule und Hort gedrungen. Das Helmholtz-Gymnasium hat einen Antrag auf offene Ganztagschule gestellt, der spätestens ab dem Schuljahr 2008/09 einen erhöh-

ten Raumbedarf zur Folge hat. Auf Grundlage dieser Kenntnisse hat die Schulverwaltung, gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt, nach einer Lösung gesucht. Vorrangig wurde dabei beachtet, dass sich die Voraussetzungen für Bildung im Einklang mit Erziehung für alle Grundschüler mittelfristig verbessern. Pädagogische Inhalte beider Schulen wurden ebenso betrachtet, wie räumliche, personelle und wirtschaftliche Sachverhalte. Mitglieder der Stadtfractionen wurden in einer beim Bildungsausschuss bestehenden Arbeitsgruppe „Schulentwicklungsplanung“ im November 2006 über erste Gedanken zu einer Fusion von Eisenhart- und Luxemburgschule am Standort Burgstraße informiert. Die Vertreter von CDU, SPD und LINKEN waren sich einig darüber, dass – bevor die Eltern der beiden Schulen darüber informiert werden – noch Zahlen und Fakten benötigt werden, bevor die Diskussion öffentlich wird. Zumal man auch in den Fractionen darüber noch sprechen wollte.

Im Dezember berichtete die Schulverwaltung in einer erneuten AG-Sitzung, dass sie mit den Schulleitungen beider Schulen Gespräche geführt habe, legte Argumente für und gegen einen eventuellen Umzug auf den Tisch und wies auf das anstehende Anmeldeverfahren der künftigen Erstklässler hin. Die Zeit fing an zu drücken. Und die AG drängte auf Informationen bei Schul- und Elternkonferenzen. Diese fanden Anfang Januar statt, der Protest der Eisenhart-Eltern formierte sich.

Zwischenstand: Zur Stadtverordnetenversammlung liegen gegenwärtig drei Anträge vor: **CDU:** Erhalt Eisenhartschule am Standort Kurfürstenstraße. **Verwaltung:** Aufhebung des Beschlusses zur integrierten Gesamtentwicklung des Schulstandortes Kurfürstenstraße. Ein Prüf-Antrag der **Linkspartei.PDS:** Umzug der Eisenhartschule unter Erfüllung bestimmter Voraussetzungen.

Am 23.1.2007 hat sich die AG Schulentwicklungsplanung verständigigt, den Stadtverordneten vorzuschlagen, alle drei Anträge in den Bildungsausschuss zu überweisen, um dort gemeinsam mit Eltern, Verwaltung die Inhalte weiter zu diskutieren, bevor Entscheidungen gefällt werden. Die bisher vernachlässigte Kommunikation zwischen den Betroffenen ist wichtig, die Einbeziehung aller Fakten auch in Vorbereitung der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes ist erforderlich, um grundsätzlich die Herangehensweise für Fusionen, Schließungen oder Verlagerungen von Schulstandorten auf der Grundlage der Schülerzahlen zu verändern.

Jana Schulze

Termine im Februar 2007 • Termine im Februar 2007 • Termine im Februar 2007

3.-4. Februar: Landesparteitag der Linkspartei.PDS Brandenburg in Blosin (Landeswahlen, Leitbilddebatte / Rechtsstaatlichkeit, Parteineubildung)

10. Februar 11 bis 14 Uhr: Zum 90. Geburtstag von Karl Gass, Laudatio und Film „Nationalität Deutsch“ (1990), Filmmuseum Potsdam, Marstall

13. Februar 18 Uhr: Dokfilm „Walter Janka: Aufgeben oder neu beginnen“, RLS Brandenburg, Dortustr. 53

15. Februar 18 Uhr: Vortrag „Venezuela und die bolivarianische Revolution“ mit Joachim Wahl (Berlin), RLS Brandenburg, Dortustr. 53

17. Februar 11 bis 19.30 Uhr: TV-Serie „Die Bilder des Zeugen Schattmann“ (DDR 1972) und Podiumsdiskussion anlässlich des Holocaust-Gedenktages, Filmmuseum Potsdam, Marstall

18. Februar 11 Uhr: Sonntags-Matinee „Der Schauspielregisseur oder Zaide“ von Wolfgang Amadeus Mozart, Hans-Otto-Theater, Schiffbauergasse 1

20. Februar 18 Uhr: Diskussion „Parteiverständnis und organisationspolitische Grundsätze im Parteibildungsprozess“ mit Thomas Nord, Steffen Hultsch und Herbert Driebe,

Kulturhaus Altes Rathaus, Am Alten Markt

23. Februar 10 Uhr: Vortrag „Der Nonproliferationsvertrag vor dem Ende?“ zum IX. Friedens- und Sicherheitspolitischen Symposium. Iran, Nordkorea, Israel und andere, Kulturhaus Altes Rathaus, Am Alten Markt

24. Februar 9 bis 17.30 Uhr: Seminar in Erinnerung an Otto Wiesner, ehem. Häftling der KZ Esterwegen, Sachsenhausen und Mauthausen (verst. 2006), Kulturhaus Altes Rathaus, Am Alten Markt

24. Februar 11 bis 15 Uhr: Treffen der Sprecher der bundesweiten IG/AG der Linken, Berlin, Karl-Liebknecht-Haus

Gedenken

„Es geht durch die Nacht. Die Nacht ist kalt.“

Der Fahrer bremst. Sie halten im Wald.

Vier Kommunisten sitzen dabei.

John Schehr und Genossen.“

So beginnt das Gedicht von Erich Weinert, der damit ein ewiges Denkmal den vier von der Gestapo am 2. Februar 1932 ermordeten Kommunisten setzte.

Dieses Verbrechens gedenken im Jahr 2007 die Kameradinnen und Kameraden der VVN-VdA Berlin-Südwest am Sonntag, dem 3. Februar, am Gedenkstein für John Schehr, Eugen Schönhaar, Erich Steinfurth und Rudolf Schwarz am Kilometerberg in Berlin Wannsee (Schäferberg, unterhalb des Telekommunikationsmastes).

Dazu laden sie alle, die dieses Verbrechen nicht vergessen wollen, herzlich ein.

Die Gedenkkundgebung beginnt um 11.00 Uhr.

Seniorenclub

Der Seniorenclub trifft sich am **Dienstag, 13. Februar 2007, um 14.00 Uhr** im Haus der Linkspartei.PDS in der Alleestraße 3. Thema: „Sicherheit im Alltag – besondere Sorge auch bei älteren Bürgern“. Mit dabei: Experten für Prävention vom Polizeipräsidium Potsdam mit Ratschlägen und Erfahrungen.

Hilfe für Verschuldete

Für 24 Cent pro Anruf gibt es Einzelfallhilfe oder Prävention

Das zunächst bis April 2009 befristete Projekt widmet sich der telefonischen Krisenberatung beziehungsweise der Onlineberatung per E-Mail und der Bereitstellung schriftlicher Info-Materialien für Ratsuchende, die bei Vermietern, Behörden oder Banken in der Kreide stehen. Der Internet-Auftritt gilt außerdem als wichtige Informationsplattform für die Betroffenen.

Weg aus der Krise: 0180 - 456 456 4 (Mo-Fr 10 -13 Uhr, Di u. Do zusätzlich 15-20 Uhr,) www.schuldenhelpline.de

Montagsdemo

Die nächste Potsdamer Montagskundgebung findet am 19. Februar ab 18.00 Uhr am Deserteursdenkmal, Platz der Einheit, statt.